

II-1663 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

XII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den

29. Juli

1971

Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/32-40/71

4 13 /A.B.  
zu 853 /J.  
Präs. am 5. Aug. 1971

### B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen betreffend Förderung des Zahnärztenachwuchses, Entschlie-ßung des Nationalrates vom 10. März 1971.

(Zl. 853/J-NR/1971)

In der vorliegenden Anfrage werden unter Bezugnahme auf einen vom Nationalrat am 10. März 1971 angenommenen Entschlie-ßungsantrag, welcher lautet:

"Das allmähliche, aber stetige Absinken der Zahl der Dentisten auf Grund der Bestimmungen des Dentistengesetzes 1949 erfordert eine vermehrte Ausbildung von Zahnärzten, um das Entstehen eines gesundheitlichen Notstandes hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung der österreichischen Bevölkerung hintanzuhalten. Die Bundesregierung wird daher ersucht, folgende Maßnahmen zur Förderung des Nachwuchses an Zahnärzten zu treffen:

1. Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze an den Universitätszahnkliniken Wien, Graz und Innsbruck sowie Ausbau und Modernisierung dieser zahnärztlichen Ausbildungsstätten gemäß §§ 1 und 2 Verordnung betreffend die Regelung der Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. 51 vom 31. Jänner 1930.

2. Erhöhung der Zahl der bezahlten Vertragsassistenten-Posten für die an den Universitäts-Zahnkliniken Wien, Graz und Innsbruck in Fachausbildung zum Zahnarzt stehenden Ärzte;

3. Prüfung des Bedarfes weiterer zahnärztlicher Ausbildungsstätten, allenfalls in der organisatorischen Form einer Außenstelle zu einer bestehenden Universitäts-Zahnklinik.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat einen ausführlichen Bericht über die zu erwartende Entwicklung unter Berücksichtigung der vorge-schlagenen und eventueller sonstiger Maßnahmen vorzulegen."

an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende Fragen gerichtet:

- 2 -

1. Welche vorläufigen Ergebnisse erbrachten die Arbeiten Ihres Ministeriums im Sinne dieser Entschlie-  
Bung?

2. Bis wann kann mit der vollständigen Ausführung  
der EntschlieBung gerechnet werden?

3. Wann werden Sie dem Nationalrat die entsprechen-  
den Vorlagen unterbreiten?

4. Was hat Sie gehindert, dem Nationalrat nicht  
schon bisher Ihre Unterlagen bzw. Arbeitsergebnisse  
zu übermitteln?

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Gemäß der Verordnung des Bundesministers für Unter-  
richt vom 26. September 1925, BGBl. Nr. 381, in der der-  
zeit geltenden Fassung erfolgt die Ausbildung zum Fach-  
arzt für Zahnheilkunde nach der Promotion zum Doktor  
der gesamten Heilkunde an den medizinischen Fakultäten  
in Form von eigenen viersemestrigen Lehrgängen.

Die Heranbildung des Zahnärztenachwuchses fällt  
daher in den Bereich des Bundesministeriums für Wissen-  
schaft und Forschung, das demnach auch für die Durch-  
führung der Maßnahmen federführend zuständig ist, die  
mit der gegenständlichen EntschlieBung des National-  
rates angeregt worden sind.

Mangels Zuständigkeit meines Ressorts bin ich da-  
her nicht in der Lage, die in der gegenständlichen An-  
frage gestellten einzelnen Fragen zu beantworten.

Ungeachtet dessen bin ich aber gerne bereit Ihnen  
mitzuteilen, daß seitens des Bundesministeriums für  
Wissenschaft und Forschung intensive Bemühungen im Gange  
sind, um im Sinne der Ziele der EntschlieBung des  
Nationalrates den Zahnärztenachwuchs insbesondere durch  
Erhöhung der Ausbildungsplätze an den Universitäts-  
zahnkliniken, der Erhöhung der Zahl der bezahlten Ver-

- 3 -

tragsassistentenposten sowie einer allfälligen Vermehrung der zahnärztlichen Ausbildungsstätten zu fördern.

Diese Maßnahmen erfolgen seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im engen Einvernehmen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung, als dem für Fragen des Gesundheitswesens zuständigen Ressort.

Der Bundesminister:

